

E-Voting in Deutschland und Brasilien

Weltweit experimentieren immer mehr Länder mit der Ersetzung traditioneller Papierstimmzettel durch Wahlcomputer. Brasilien setzt seit 1996 Wahlmaschinen ein (seit 2000 flächendeckend) und testet bereits die Einführung biometrischer Wahlurnen. In Deutschland gibt es zwar Überlegungen, aber noch keine landesweiten Erfahrungen mit E-Voting bei politischen Wahlen.

TEXT: GERALDO HOFFMANN

„Mindestens zehn Länder im europäischen Raum erwägen derzeit ernsthaft die Einführung des E-Voting“, so Michael Remmert, Projektleiter „Good Governance in the Information Society“ beim Europarat in Straßburg. Im September 2004, hatte der Europarat Empfehlungen zu eVoting-Standards verabschiedet, eine 112 Einzelpunkte umfassende Liste, die europaweit einer gewissen Vereinheitlichung von Minimalanforderungen dienen soll. Die Empfehlungen des Europarats stellen auf internationaler Ebene die erste zwischenstaatliche Übereinkunft zum eVoting dar; sie sind allerdings für die 46 Mitgliedsstaaten nicht verpflichtend.

Wie hoch die Bereitschaft zur Einführung von E-Voting-Systemen für politische Wahlen in 31 Ländern ist, zeigt eine Studie, die vom österreichischen Kompetenzzentrum für elektronische Wahlen und Partizipation (E-Voting.CC) durchgeführt wurde. Das Projekt wurde 2005 mit dem Ziel gestartet, das Umfeld für elektronische Wahlen – vor allem Internetwahlen – in verschiedenen Ländern zu analysieren. Einbezogen wurden alle 27 Länder der Europäischen Union sowie Russland, Venezuela, die Schweiz und die USA. Im Gesamtergebnis („E-Voting Readiness Index“) landete Deutschland auf Platz acht (50,07 Punkte); im EU-weiten Ranking auf Platz sechs. Auf dem ersten Platz rangiert das Vereinigte Königreich mit einem „Readiness Index“ von 70,60, gefolgt von den USA (66,68), Estland (66,60) und den Niederlanden (62,90). Die letzten Plätze des Rankings belegen Polen (33,87), Bulgarien (29,37) und Zypern (38,17).

Dazu wurden etwa hundert Indika-

toren in vier Dimensionen gruppiert und ausgewertet. Zum „politischen Umfeld“ gehörten allgemeine Demokratieprinzipien wie beispielsweise die „Trennung von Kirche und Staat“, zum „rechtlichen Umfeld“ die Gewährleistung des Wahlrechts und des Wahlheimnisses. Das Umfeld „Informationsgesellschaft“ beinhaltete Indikatoren wie die „Digitalisierung des Telefon-Festnetzes“ und die „Internetzugangs- und -nutzungskosten“. Und das spezielle Umfeld „E-Voting“ umfasste Kriterien wie beispielsweise, ob es in dem betreffenden Land schon eine öffentliche Debatte zum Thema gab oder wieviele Versuche mit der elektronischen Stimmerfassung bereits stattgefunden haben.

Laut Robert Krimmer, Direktor von E-Voting.CC, gibt es in Deutschland schon sehr gute Voraussetzungen für elektronische Wahlen. „Es gibt eben die Briefwahl schon, aber auch sehr viel Erfahrung im privaten Umfeld. Da gibt es sehr viele Vereine, die bereits Internet-Wahlen

durchgeführt haben. Doch, wo es vor allem hapert, ist die konkrete rechtliche Umsetzung für elektronische Wahlen. Es gibt zwar Überlegungen, aber noch keine konkreten Erfahrungen.“

Brasilien wurde in die Studie nicht einbezogen. Obwohl das Land über mehr als zehn Jahre Erfahrungen mit Wahlmaschinen gesammelt hat, liegt die Stimmabgabe über Internet noch in ferner Zukunft. Die Wahlmaschinen in Brasilien dienen vorrangig der zentralen Kontrolle des Wahlsystems und der Einbindung der Analphabeten in den Wahlprozess. Diese Ziele sind bereits erreicht, aber das System ist schon relativ alt“, so Krimmer in einem Interview mit swissinfo.ch. Von Brasiliens Idee, biometrische Urnen einzuführen, ist Krimmer überhaupt nicht begeistert. „Das sind Ansätze von totalitären Staaten, die der Demokratie nicht förderlich sind. Die Alternative heisst, die dezentrale Verwaltung der Wahlen durch Bildungsmaßnahmen nach europäischem Muster zu stärken.“ ■

